Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 30613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefwiederlegung 20 Pf.

Nr. 174. | Dresden, Donnerstag den 31. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Vor neuer Kabinettsbildung.

Ludendorffs Annexionsprogramm.

Berlin, 30. Juli. Die in der Rede des Ministerpräsidenten bereits kurz skizzierte Denkschrift des Generals Ludendorff wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Sie ist datiert vom 14. September 1917 und geht auf unsre damalige militärische und politische Lage im einzelnen ein. Die Denkschrift sagt u. a.: „Unsre militärische Lage ist günstiger als die des Verbandes, trotzdem bin ich der Ansicht, daß ein Friede für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötige bringt, was wir zur späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt." Ludendorff geht dann auf unsre militärische Lage im Osten und Westen ein und verknüpft damit Ausführungen darüber, daß wir uns industrielle Grenzen sichern müßten. So sagt er u. a.:

Das lothringische Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Dringend erforderlich ist die Unversehrtheit des rheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England geleistet hat, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erhöhterem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith in der Hand behalten. Bisher sehe ich in der Einverleibung durch das Deutsche Reich nur das Mittel, dies zu erreichen. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, wir müssen ein Bündnis des belgisch-französischen Heeres unmöglich machen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch einen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — lange Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher wären wir erst, namentlich, da der Tunnelbau Dover—Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien im Besitz hätten und an der flandrischen Küste ständen. Trotz allen Schwierigkeiten können wir dies zur Zeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir, um dieses Ziel zu erreichen, den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) erhalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus. Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien wirtschaftlich mit dem Deutschen Reiche eng verbunden und in Wallonien und Flamenland geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

Aus Raumgründen müssen wir uns leider mit diesem Auszug aus Ludendorffs Programm begnügen. Was wir daran immerhin sehen, ist das wahre Gesicht des Militarismus! Nur ein Gedanke beherrscht das Ludendorffsche Programm — der nächste Krieg! Und für diesen nächsten Krieg Erweiterung der Grenzen überall, Vorlagerung neuer Geländestreifen sei es vor Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Rheinprovinz oder Lothringen. Bescheiden ist er nur, wo die Trauben zu hoch hängen, im übrigen aber kann man hier wirklich nicht das Wort Bescheidenheit anwenden, ohne ein Gelächter zu erregen. Denn zu den offenen kommen die verkappten Annexionen, oder besser gesagt, die nur ganz notdürftig verschleierten wirklichen Annexionen. Das taktlose im Stück ist Belgien, dessen offene Annexion Herr Ludendorff zwar heuchlerisch ablehnt, das er aber in solche wirtschaftlichen Netzen legen will, daß ihm gar nichts weiter übrig bleibt, als den politischen Anschluß an Deutschland zu suchen. Das Mittel zur Gewinnung der belgischen Herzen: langjährige militärische Okkupation! Ueber Belgien schielt Ludendorff nach Holland und sogar nach Dänemark. Auch diese beiden neutralen freien Staaten will er auf den Rang von Vasallenstaaten Deutschlands herabdrücken.

Und während Ludendorff dies betreibt, läßt er seinen politischen Automaten, den pietistischen Heuchler Michaelis, die Worte sprechen von seiner Uebereinstimmung mit der Friedensresolution, „wie ich sie auffasse", während er dies betreibt — im Einverständnis mit Michaelis — wird dem Reichstagsausschuß versichert, daß über Belgien eine befriedigende Erklärung an die Entente gelangen werde! Diese befriedigende Antwort war dann jenes vor allen Instanzen geheimgehaltene Schreiben des Herrn Michaelis, dessen unaufrichtige Phrasen durch die Ludendorffsche Denkschrift in das grellste Licht gerückt werden.

Schwanengesang.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Wenn kluge Leute dummes Zeug reden, dann tun sie es gründlich. Der Deutschnationale Dr. Oeringer, badischer Justizminister a. D., ist ein kluger Mann und er legte am Mittwoch in der Nationalversammlung gründlich los. Man soll, so führte er aus, die Deutschnationalen von heute beileibe nicht mit den früheren Konservativen verwechseln. Und im gleichen Atemzuge erklärte er, daß er und seine Parteifreunde die Verfassung ablehnen, weil sie ihnen nicht konservativ genug ist. Außerdem wollen die Deutschnationalen als Anhänger der Monarchie leben und sterben. Und dieser Mann, der seit 35 Jahren (1884 wurde er Richter) vom grünen Tisch nicht mehr fortgekommen ist, spottet über Karl Marx' und Friedrich Engels' weltumspannende Gedanken, weil diese seiner krausen Ansicht gemäß am grünen Tisch ausgeheckt sind.

In einer Beziehung ist der gute Herr Düringer durchaus konsequent. Da er den geliebten Monarchen nicht haben kann, so möchte er die Stellung des Reichspräsidenten dermaßen festigen, daß dieser als Selbstherrscher vom alten Schlage mit dem Titel Präsident auf seinem Throne sitzt. Aber auch damit will es den Konservativen von 1919, die nicht mehr Konservative geschimpft sein mögen, gar nicht glücken.

Dem badischen Justizminister a. D. folgte mit dem zweiten Schwanengesang Dr. Heinze, sächsischer Justizminister a. D. Wenn er an Deutschlands stolze Vergangenheit denkt, dann fällt ihm nichts andres ein als die Jahreszahl 1871, die Farben schwarz-weiß-rot, der Adel, den er trotz aller Mühe nicht mehr geschafft hat, die lange Reihe von schönen Titeln und noch schöneren deutschen, türkischen und sonstigen Orden, die ihm und seinen Freunden entgangen sind, und das liebe alte Hurra! Hurra! Hurra!

Alle Gefühle aber, die der Schmerz über den unsäglichen Verlust begreiflicherweise auslöst, drängen sich bei der Deutschen Volkspartei gleichfalls in dem Rufe zusammen: Nieder mit der neuen Verfassung!

Auch der Unabhängige Dr. Oskar Cohn hat ein paar Revolutionsmonate im Justizministerium gesessen. Das macht ihn würdig, im Reinfagerbunde der Dritte zu sein, und zwar unter einer Parole, die allerdings falsch, aber wenigstens geistreich ist. Er betrachtet nämlich die erste republikanische Verfassung Deutschlands als eine Verlustliste der Demokratie und des Sozialismus. —

Reichskommissar Dr. Preuß als Vater des Verfassungsentwurfs in seiner Urgestalt hielt gebührlicherweise die letzte Rede in der Generaldebatte. Er las den Götzendienern der alten Herrlichkeit eine überaus lehrreiche Lektion. Sie tadeln die Parteiherrschaft, aber früher herrschte eine einzige Partei, die alleinseligmachende konservative, während jetzt ein Wechsel der Parteien möglich und üblich ist. Früher kamen die Minister irgendwoher und verschwanden irgendwohin. Jetzt kommen sie aus den Parlamenten und tauchen nach ihrem Abgang wieder hinein ins Parlament. Den Rest dieses verletzten Verfassungstages füllte die Spezialberatung aus, die sehr schnell vorwärts kam und, von geringen Ausnahmen abgesehen, die gleichen Ergebnisse brachte wie die zweite Lesung.

Am Donnerstag werden die letzten Halme gemäht werden.

Neue Streikgefahr in Rheinland-Westfalen

Dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet drohen neue schwere Beunruhigungen. Die Unabhängigen und Kommunisten stellten an General Wacker und Reichskommissar Severing ein Ultimatum, worin die sofortige Freilassung der in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen in Werl gefordert wird. Dem Ultimatum wurde nicht stattgegeben, worauf nach einer Meldung aus Duisburg die Belegschaft der Zeche Diergardt in den Ausstand trat. In Flugblättern werden die Arbeiter aufgefordert, in den Generalstreik zu treten, bis die Forderungen sofortiger Entlassung der Gefangenen in Werl, Aufhebung des Belagerungszustandes und Absetzung des Generals Wacker erfüllt sind.

Ein bei den Mannesmannwerken ausgebrochener Ausstand ist nach einer Meldung aus Düsseldorf wieder beigelegt worden. Die Arbeit ist gestern in den Rather-Werken wieder aufgenommen worden, ebenso in Huckingen. In Remscheid sollte sie gestern ebenfalls wieder aufgenommen werden. Die übrigen Werke hatten die Arbeit nicht eingestellt.

•

Beilegung des Siemens-Streiks.

Berlin, 30. Juli. In den Siemens-Schuckert-Werken wird die Arbeit von den Ausständigen morgen wieder aufgenommen.

•

Drohender Generalstreik in Basel.

In Basel streiken die Färbereiarbeiter, mit denen sich die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft solidarisch erklärte. Die Streikleitung fordert die Arbeiterschaft auf, einem etwaigen Streikaufgebot restlos Folge zu leisten. In erster Linie werden verlangt: Herabsetzung der Brotpreise um mindestens 20 Centimes, Beschlagnahme der Schuh- und Stofflager und Abgabe der Waren zu herabgesetzten Preisen, ferner Verhinderung der Ausfuhr und Erleichterung der Einfuhr, Maßnahmen gegen die Preiswucherer usw. Die Staatsarbeiter und Angestellten erklärten sich ebenfalls mit den Forderungen solidarisch, so daß bei einem Mißlingen der Einigungsverhandlungen mit einem Generalstreik zu rechnen ist. Auch die Straßenbahner sowie die Gas- und Wasserwerke werden am Streik teilnehmen.

Das geöffnete Tor.

Die deutsche Republik beendet die durch den Krieg hervorgerufene und fünf Jahre gezwungenermaßen geführte geschlossene Nationalwirtschaft, tritt nun als Wirtschaftsglied in den Kreis der Nationen und kann jetzt wieder an der Weltwirtschaft teilnehmen. Erfüllen sollen sich nun auch alle Hoffnungen, welche Volk und Regierung auf die wohltätigen Folgen der ungehinderten Einfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln, Fertigfabrikaten und Rohstoffen gesetzt haben. Muß doch jetzt auch die innere Blockade des Wuchers fallen, welche nicht weniger als die der Entente am Mark des Volkes zehrte und bis in diese Tage hinein jeden Versuch einer gerechten Verteilung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel einfach unmöglich machte. Die ruckartig fallenden Schleichhandelspreise reden eine erfreulich deutliche Sprache.

Mit den 1500 Mill. M., welche von Staat und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, um in den nächsten drei Monaten der Bevölkerung die ausländischen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen verkaufen zu können, wird ein ernsthafter Schritt zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Volkes getan, die allein durch weitere Lebensmittelzufuhr in der Zukunft sichergestellt wird. Denn nur mit Erzeugnissen unsrer Arbeit, nicht aber mit entwertetem Papiergeld, können wir die Auslandswaren bezahlen. Durch geringere, höchstens 80proz. Ausmahlung des Brotgetreides heben wir die Verdaulichkeit unsres Brotes und können den höheren Kleiecertrag der Viehhaltung zugute kommen lassen.

Von Fertig- und Halbfabrikaten kommen vor allem Tuche und Stoffe jeder Art und Erzeugnisse der Lederindustrie in Betracht. Um den minderbemittelten Volkskreisen die Anschaffung dringend notwendiger Kleidungsstücke zu erleichtern, bringt die Regierung 41 Millionen Meter Stoff aus Heeresbeständen zum Verkauf und stellt gleichzeitig 300 Millionen Mark zur Verfügung zum Ankauf ausländischer Textilwaren. Dem gleichen Zweck dient die von der Reichsregierung veranlaßte bevorzugte Einfuhr von Chevreauleder, genügend Rindsleder erzeugen wir selbst, ausreichend zur Anfertigung von 5 Millionen Paar Schuhen, welche durch Verteilung bis zum kleinsten Schuhmacher auf direktem Wege den Verbrauchern zugeführt werden. So groß die angeführten Zahlen sein mögen, darf doch nicht übersehen werden, daß sie für den Bedarf eines 60 Millionenvolkes nicht mehr sind als der Tropfen auf den heißen Stein.

Anderseits verfügt das Ausland wirklich über große Mengen von Fabrikaten. Neben den amerikanischen Industrien sind es besonders die Textilindustrien Englands, Frankreichs und Italiens, die danach trachten, ihre aufgestapelten Vorräte mit Eintritt des freien Handelsverkehrs nach Deutschland zu werfen. Die seit Monaten unter Absatzmangel leidende englische Baumwollindustrie hat große Warenlager in Holland und in der Schweiz angesammelt. In der Schweiz sind daraufhin neuerdings die Preise der einheimischen Textilerzeugnisse insbesondere für wollene Stoffe und für Baumwollgewebe, panikartig zurückgegangen. Italien hofft, die angehäuften Seidenvorräte nach Deutschland absetzen zu können; ferner ist in Italien ein zu den hohen Kriegspreisen hergestellter Vorrat von einer halben Milliarde Meter Baumwollstoffen vorhanden. Für die Einfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten der Lederwarenindustrie herrschen im Ausland die gleichen, für uns im Augenblick günstigen Verhältnisse.

Aber die Einfuhr, wenn auch notwendigster Fertigwaren, muß eine Grenze haben an unserm Interesse für den Wiederaufbau der deutschen Industrie, welcher nur durch recht schnelle und umfassende Einfuhr von Rohstoffen aller Art der Weg zur früheren Höhe geebnet werden kann. Das Hauptziel der deutschen Industrie muß gerichtet sein auf die möglichst baldige Ersetzung ausländischer Fabrikate durch deutsche Erzeugnisse. Leicht wird dieses Beginnen nicht sein. Sind doch einzelne Industrien neutraler Staaten, besonders die skandinavische Schuh- und Lederwarenindustrie, durch die mit fortwährender Herabsetzung der Preise Hand in Hand gehende Ueberschwemmung mit Auslandswaren in schwere Bedrängnis geraten. Auf jeden Fall ist mit erheblichen Preisrückgängen auch in Deutschland zu rechnen, oder es wird besseres Material für die gleiche Geldsumme zu kaufen sein. So gelangten vom September an auf Karten fettreiche Seifen zum Verkauf, die, in deutschen Seifenfabriken hergestellt, jedenfalls den Verbrauch teurer ausländischer Seifen erheblich einschränken werden.

Einen gewissen Schutz gegen die dauernde Ueberschwemmung mit Auslandswaren hat die deutsche Industrie in dem ungünstigen Stand unsrer Valuta, der unsrer Exportindustrie die Ausfuhr wesentlich erleichtern wird. Auch ist zu erwarten, daß die Forderungen der Arbeiterschaft der neutralen und Ententestaaten um das Mitbestimmungsrecht und um höhere Löhne bei Verkürzung der Arbeitszeit der deutschen Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erleichtern werden. Ob Deutschland überhaupt jemals wieder als ernsthafter Konkurrent auf dem Weltmarkt auftreten kann, hängt in erster Linie ab von der Arbeitsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Diese Erkenntnis in seinem Kreise zu verbreiten und ihr durch eigenes Verhalten zu entsprechen, sollte sich jeder einzelne verpflichtet fühlen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190731/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG